

## Backlash

Wie die Streichung des Weihnachtsgeldes mit dazu beiträgt, das Elend vieler Menschen in der EU zu vergrößern – Ökonomie-Fibel Teil 7

Wer in den 1970-ern Jahren Volkswirtschaft studierte, wurde mit den Segnungen der makroökonomischen Steuerung konfrontiert. Krisenfreien Kapitalismus hatte der in der ersten Großen Koalition und unter der Kanzlerschaft Willi Brandts [1966-69 und 1969-72] so eloquente Wirtschaftsminister Schiller versprochen, wenn man sich an die gleichzeitige Erfüllung der in einem „magischen Viereck“ genannten Ziele hielte. Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht seien in der Balance zu halten.

Während auch der ökonomische Laie die ersten drei Ziele einsichtig finden konnte, war es

beim letzten nicht so klar, warum Deutschland nicht mit aller Kraft die Welt mit Waren „Made in Germany“ beglücken sollte. Dies war nur nachzuvollziehen, wenn man den Wechselkursmechanismus bei der Betrachtung einbezog. Wenn nämlich so viele Ausländer deutsche Produkte begehrten, so mussten sie diese mit Deutscher Mark (DM) bezahlen. Die starke Nachfrage nach DM führte aber zu einer Aufwertung der Währung, was mit einer Schwächung der Exporte einherging (Ausländer mussten nun mehr heimisches Geld aufbringen, um sich die ‚teure‘ DM zu beschaffen).

Diese Mechanik sorgte also dafür, dass die Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Das war

gut für die Geldwertstabilität, hatte aber vor allem den Effekt, dass es anderen Ländern eine faire Chance bot, Wettbewerbsvorteile aufzuholen. Geling dies nicht, so sorgte umgekehrt die Mechanik für einen Ausgleich, dass nämlich die schwache Nachfrage nach diesen Währungen diese verbilligte, was wiederum die Wettbewerbsposition dieser Länder stärkte (Deutsche brauchten nur wenig Mark aufzuwenden, wenn sie sich bspw. Drachmen besorgen mussten, um Olivenimporte zu bezahlen). Die sich auf diese Weise herausgebildeten Wechselkurse waren sozusagen das Abbild der Wirtschaftsstärke des jeweiligen Landes.

Dann kam der Euro. Die Gemeinschaftswährung ließ die beschriebenen Anpassungen nicht mehr zu. Die so euphorisch gefeierten Exporterfolge der deutschen Wirtschaft führten dazu, dass der Kurs des Euro deutlich stieg (s. Grafik 1), allerdings nicht auf ein Niveau, das die Deutschen nachhaltig in ihrer Wettbewerbsposition





# GERECHT GEHT ANDERS



hätte schwächen können. Wäre Deutschland währungspolitisch weiterhin autonom geblieben, hätte eine in ihrem Kurs noch weit stärker gestiegene DM dem Export Einhalt geboten. So aber sorgten die Defizitländer indirekt für Deutschlands ungebrochene Exportstärke (s. Grafik). Lohndumping und Haushaltsdisziplin der Deutschen taten ihr Übriges – zu Lasten der jetzt als schwach bezeichneten europäischen Mitgliedsstaaten. Die konnten eben nicht mehr wie in der Vergangenheit mit Abwertungen ihrer Währungen reagieren. Ihre Produkte waren auf Euro-Basis i.d.R. für ausländische Käufer viel zu teuer.

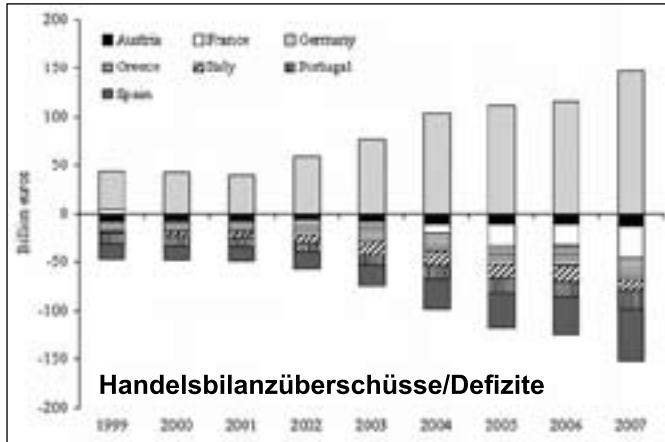
Zwar profitierte die griechische Wirtschaft von dem anhaltenden Tourismusboom sowie der Immobiliennachfrage genauso wie Portugal und Spanien (Die Finca in Spanien war zu Beginn des Booms ja noch preiswert). Dies hatte allerdings einen nachhaltigen Preisauftrieb zur Folge. Solche Vermögenszuwächse sind allerdings erst einmal fiktiv, solange sie nicht realisiert werden. Der Fiskus hat also in solchen Fällen nur bedingt Zugriff. Und vom Boom profitieren bekanntermaßen immer nur bestimmte Bevölkerungsgruppen. Diejenigen allerdings, die bei diesem „Spiel“ nicht dabei sind oder dabei sein wollen, gehören zu den Verlierern, da ihre Einkommen mit den Preis- und Wertsteigerungen nicht mithalten können.

Wenn der Staat von denjenigen, die von diesem Boom profitiert haben, nicht genügend abschöpft, bleibt der Staatssäckel leer. Dann bleibt nur die Schuldenaufnahme. In Kombination mit der Bankenkrise, wie sie vor allem Irland getroffen hat, ein Fiasko! Das Land hätte die Zinsen auf die Staatsschuld



**Grafik 1: Ein Käufer außerhalb des Euro-Währungs-Raumes konnte also im Jahr 2000 im günstigsten Fall ein deutsches Produkt, das 10 000 DM kosten sollte, für 8278 \$ in Deutschland erwerben, wofür er 2008 im ungünstigsten Fall 15 973 \$ aufwenden musste. Trotz dieses immensen Anstiegs des Wechselkurses (+92,9%) wuchs der deutsche Export. Diese starke internationale Wettbewerbsposition ist im Wesentlichen erklärbar durch Kostendisziplin mittels Lohndumping (Verbilligung des Arbeit) und Rationalisierung (Effektivierung der Arbeit). Sie schuf komparative Vorteile gegenüber den internationalen Konkurrenten durch Preissenkungen oder zumindest Konstanz der Preise, während Anbieter aus anderen EU-Ländern aufgrund bspw. inflationärer Entwicklungen ihre Preise erhöhen mussten und so auf der Strecke blieben.**

nicht mehr zahlen können (das Gleiche gilt für Griechenland), da mit dem Risiko, das die Gläubiger eingehen, wenn sie Geld verleihen, auch die Zinsen steigen. Genauer: Um die Schulden bedienen zu können, bedurfte es frischer Kredite, die aber auf-

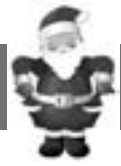


**Grafik 2: Wat den Een sin Uhl... – mit europäischer Harmonisierung der Wirtschaftspolitik hat dies allerdings nichts zu tun.**

Quelle: IMF Direction of Trade Statistics



# GERECHT GEHT ANDERS



Kumulierte Leistungsbilanz  
Deutschlands seit Einführung des  
Euro in Mrd Euro

Quelle: Eurostat © Jährke - <http://www.jaehrke.net>



**So viel hätten wir gar nicht verreisen können, um hier einen Ausgleich zu schaffen! Die Leistungsbilanz ist eine Zusammenfassung aus Handels- und Dienstleistungssalden. Ohne Einführung des Euro hätte die Entwicklung bei derart hohen Überschüssen zu einer noch stärkeren Aufwertung der DM geführt, als dies beim Euro geschehen ist. Dies hätte (wahrscheinlich) der Exportstärke die Spitze genommen. Oder „wir“ hätten über Kapitalexporte unser Auslandsvermögen massiv erhöht (ähnlich wie es zzt. die Chinesen tun).**

grund der Risikoeinschätzung so teuer wurden, dass dies den Untergang vieler irischer Banken bedeutet hätte. Deutsche Banken als zweitstärkste Gläubiger dieser Kredite (nach England) hätte es arg gebeutelt. Vor dem Hintergrund der Philosophie der Bundesregierung, privates Kapital zu schützen, war man wieder bereit, den Rettungsschirm aufzuspannen – letztlich erneut zu Lasten der Allgemeinheit. Man meinte mit dem Rettungsschirm erst einmal Entspannung in die Angelegenheit bringen zu können, weil nun die EU für die Schulden geradesteht. Dies hätte die Risikoprämie, die im Zins enthalten ist, verringern sollen.

Man hätte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Damit die Risiken für die (deutschen) Steuerzahler etwas eingegrenzt werden, setzte die deutsche Regierung durch, dass im Falle einer später (nach 2013) eintretenden Zahlungsunfähigkeit die Gläubiger (sprich private Banken) auf einen Teil ihrer Forderungen verzich-

ten müssten. Dieser so genannte „Haircut“ sorgte für Panik an den Märkten und konterkarierte das ursprüngliche Ziel der niedrigeren Zinsen für die angeschlagenen Länder – zur Freude der Banken! Dass so ein „Haircut“ wahrscheinlich ist, lässt der Blick auf die irischen Zahlen erkennen: Die Zinsen, die Irland bei einer optimistischen Variante zu zahlen hat, belaufen sich jährlich auf 8,5 Milliarden Euro; wozu es ein Wirtschaftswachstum von 8 bis 10% bräuchte. Völlig unrealistisch, zumal die EU der Regierung Auflagen macht, den öffentlichen Haushalt zu kürzen. Ein bizarres Unterfangen also!

Dass die EU und allen voran die deutsche Regierung so bereitwillig das Geld zur Verfügung stellen, beruht auf einer speziellen Gemengelage. Auch wenn in der Boulevard-Presse immer mal wieder vom Zahlmeister Deutschland im Zusammenhang mit der Rolle als Nettozahler in der EU die Rede ist, so profitiert die deutsche Wirtschaft in toto

eben letztendlich doch durch den immer noch relativ niedrigen Wechselkurs (s.o.). Vor allem aber profitiert Deutschland von der Freizügigkeit des Güter- und Dienstleistungsverkehrs innerhalb der EU, werden doch 2/3 des gesamten deutschen Exports innerhalb dieser abgewickelt. Man sägt nicht den Ast ab, auf dem man sitzt. Dass an dieser „Rettungsaktion“ vor allem wieder Banken besonders gut verdienen, dürfte zwar nicht das Wichtigste sein, kommt aber als Mitnahmeeffekt nicht ungelegen (So können sich Banken zzt. sehr günstig über die Zentralbank Geld beschaffen, das sie dann zu einem deutlich höheren Zins an die angeschlagenen Länder verleihen. Quasi ohne Risiko, solange der Rettungsschirm von der EU aufgespannt bleibt.).

So scheint es zunächst, als habe Deutschland mit seiner vergleichsweise strikteren Haushaltspolitik und der Lohnzurückhaltung mal wieder alles richtig gemacht. Mitnichten! Gerade dies hat die Ungleichgewichte produziert. Mit der Folge übrigens, dass die üppigen Gewinne aus diesen Exporterfolgen zu einem großen Teil in jene Immobiliengeschäfte geflossen sind, die damit die Spekulationsblase erst so richtig zur Entwicklung kommen ließ.

Eine harmonisierte Wirtschafts- und Haushaltspolitik war das Credo, das alle beim Prozess der Euro-Einführung vor sich hertrugen. Das hieß also für Deutschland, die öffentlichen Ausgaben deutlich zu steigern. Die nach wie vor schwache Binnennachfrage würde gestärkt. Selbst wenn dies zu einem Preisauftrieb führte, wäre es systemisch richtig. Es schwächte die deutsche Position auf dem Weltmarkt. Die Exporte gingen zurück. Die Chancen der



anderen EU-Staaten auf Exportfolge stiegen. Gleichschritt in der Haushaltspolitik hieße also eindeutig Mehrausgaben! Wenn wir uns nur ein ganz klein wenig an der oft belächelten expansiven amerikanischen Geldpolitik orientierten (Konsumgutscheine für alle u.ä.!), wäre dies ein Beitrag zur innereuropäischen Solidarität. Mittel- und langfristig würden die jetzt so eklatant gewordenen Haushaltsdefizite der genannten Mitgliedsländer abgebaut, was folglich die Rettungsschirme überflüssig machte. Bleibt Deutschland bei seiner jetzigen Politik, der Ehrgeizigste in Sachen Haushaltsdisziplin und Lohndrückerei zu sein (und Vieles spricht dafür – nicht zuletzt die ins GG eingebaute „Schuldenbremse“), so wird sich die gegenwärtige Situation wiederholen: Das viele schön

verdiente Geld muss aufgewandt werden, um die wegen der deutschen Stärke notleidenden schwachen Volkswirtschaften innerhalb der EU zu finanzieren.

Als würde der Hamburger Senat geradezu eine solche Situation herbeisehnen, fiel ihm angesichts des Lochs, das die Bankenkrise in den Haushalt gerissen hatte, nichts anderes ein, als die Beamtenbezüge massiv zu kürzen. Unabhängig davon, dass hier eine Gruppe zur Kasse gebeten werden soll, die für die Misere wahrhaftig nicht verantwortlich ist, geht das oben beschriebene Spiel von Neuem los. Hamburg als eine der reichsten Regionen Deutschlands macht sich daran, wieder zu Lasten der Schwächeren, also der mit geringerer Produktivität ausgestatteten Volkswirtschaften, Erfolge zu erzielen. Wo ein europäischer

Gleichschritt, sprich Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik, auch auf der Ebene der Länder und Gemeinden das Gebot der Stunde wäre, ist man dabei, aus der Schwäche der anderen Kapital zu schlagen. Statt nun endlich das Lohndumping einzustellen, um dazu beizutragen, dass die Wettbewerbsposition der anderen Länder sich verbessern kann, betreibt man das Gegenteil: Eine Neuauflage des gerade erlebten Debakels!

Es ist also keineswegs zu weit hergeholt festzustellen, dass sich das Land Hamburg als eine der reichsten Regionen Deutschlands und damit Europas daran beteiligt, dass es Griechen, Portugiesen, Iren oder Spaniern auch in Zukunft schlecht geht.

JOACHIM GEFFERS

## Was tickt denn da?

*„Die expliziten (offenen) und impliziten (verdeckten) Staatsschulden belaufen sich in Deutschland auf rund 10 Billionen Euro. Dem entsprechen private Vermögensbestandteile der Bürger in genau gleicher Höhe. Sie sind Gläubiger des Staates ...“ (Carl Christian von Weizsäcker: Das Janusgesicht der Deutschen Staatsschulden, in: FAZ v.5.6.2010)*

Eine Vermögens- statt Schuldenuhr sollte man installieren! Die Uhrmacher der vielzitierten Schuldenuhr des Bundes für Steuerzahler werden wohl doch eher bezahlt von den Meinungsagenturen der Herrschenden in diesem Land. Dass der politische Gestaltungsspielraum mit Zunahme der Staatsschuld abnimmt, ist zwar einsichtig, dass aber die Schulden, die der Staat macht, jenen in Form von Wertpapieren gehören, die als Staatsbürger ebenso in die Pflicht einer gesamtstaatlichen Verantwortung genommen gehören, bleibt ungesagt und damit dem öffentlichen Bewusstsein vorenthalten. Wäre bspw. die Vermögenssteuer noch auf dem Niveau der Kohl-Regierung, könnte der Fiskus jährlich über 60 Milliarden mehr verfügen. Das wäre doch schon mal ein Anfang, ganz abgesehen davon, dass man auch – auf internationales Niveau gebracht – die Erbschaftssteuer erhöhen könnte.

Warten wir die nächsten Bilanzen der Banken ab. Die Windfall-Profits im Zusammenhang mit der Rettung der angeschlagenen europäischen Volkswirtschaften wird man ja nicht verstecken können. Merkwürdig, „Risikoprämien“ kassieren, bei denen das Risiko allein die Bürger tragen, weil sie angeblich – wenn’s schiefeht – wieder den Rettungsschirm aufspannen müssen. Dreister geht’s eigentlich nimmer in Sachen Verluste sozialisieren!

Übrigens: Hätte die Politik dem Drängen der Gewerkschaften nachgegeben, ein fünftes globales Ziel zu verfolgen, nämlich die Verteilungsgerechtigkeit, wäre der Europäischen Union Einiges erspart geblieben. Die Deutschen hätten weit weniger stark auftrumpfen können, was die Entwicklung in Richtung postulierter Harmonisierung von Wirtschafts- und Finanzpolitik vorangetrieben hätte.

JG